

Hartmut Rencker
55127 Mainz
Fontanestr. 82
Tel.: 72801
E-Mail: hartmut@rencker.de
www.lerchenberg-info.de

Briefpost

Justizministerium RLP
Herrn Minister Dr. Mertin
-persönlich-
Diether-von-Isenburg-Str. 1

55116 Mainz

Mainz, 8.8.2016

Zeichen des Ministeriums: 4121E10-4-122
Hier: Gnadengesuch wegen Vorladung zum Haftantritt
StaA Mainz 3500 Js 11969/12 - 3088 VRs

Sehr geehrter Herr Minister Mertin,

in dem sattsam bekannten Streit um die Vertuschung teilweise eingestandener uneidlicher Falschaussagen von in Abwehrröte geratenen jungen Bereitschaftspolizisten z.A. ist mir jetzt eine Haftvorladung zugegangen.

Ich wende mich deshalb hilfesuchend an Sie mit einem

**Gnadengesuch gemäß Artikel 103 der Landesverfassung
in Verbindung mit § 1 Nr. 2 GuRAusübG RP**

Vorausgegangene Anträge auf Stundung oder Erlass einer exorbitanten Kostenforderung zumindest bis zum Ausgang des Verfahrens 3567 Js 11969/12 403 ECS wurden nie inhaltlich aufgegriffen.

Vor mehr als sieben Jahren bin ich mit damals 67 Jahren als parkplatzsuchender Autofahrer in ein dubioses polizeiliches Geschehen verwickelt worden, welches sich mehr und mehr zu meiner Existenzvernichtung auszuweiten droht und mir zunehmend die Hoffnung auf ein Altern in Frieden nimmt.

Ausgangspunkt war der Versuch von nicht korrekt uniformiert gewesenen Bereitschaftspolizisten z.A. im roten privaten Kleinwagen, mich für einen erfundenen Einbahnverstoß ohne Quittung zum halben Preis zahlungsfreudig machen zu wollen. Als im öffentlichen Leben stehender Politiker und langjähriger Mandatsträger war ich es mir schuldig, in Abstimmung mit einem Ltd. Polizeidirektor i.R. den Vorgang der Polizeileitung zu melden, um dieses Vorkommnis aufzuhellen, nach weiteren Geschädigten forschen zu lassen und um zu künftig solches Fehlverhalten zu unterbinden. Nach einer Bearbeitungsverzögerung von 19 Monaten hat die Leitung der Bereitschaftspolizei den Vorgang als „unschöne Gegebenheit“ eingestanden und den behaupteten Fahrfehler zum Verdacht heruntergestuft, allerdings ohne zahllosen Widersprüchen nachzugehen. Damit hätte die Sache aus der Welt sein können.

Schon vor der inhaltlichen Bearbeitung meiner Meldung wurde ich wohl aus taktischen Gründen zum Schutz der jungen Beamten z.A. mit einer kuriosen Beleidigungsanzeige (Erfindung des Meener Faschings) überzogen, die eine Lawine an teilweise widerrufenen Falschaussagen mit mir als Bauernopfer ausgelöst hat. Eine Sachaufklärung wurde verhindert. Selbst beigebrachte Urkundenbeweise und meine Entlastungszeugen sowie Sachverständige wurden im Verfahren nicht zugelassen. Zuletzt wurde ich unter der Drohung, man werde mich fertigmachen, wenn ich nicht endlich aufgabe, genötigt, einen inhaltlich falschen Strafbefehl gegen Strafmilderung und Ratenzahlung zu akzeptieren, was ich nur hingenommen habe, um die jungen Leute vor dienst- oder strafrechtlichen Verfahren zu bewahren und für mich einen Schlusstrich zu finden.

Welchen öffentlich beachteten Exzess an Herauslügen und Vertuschen die primäre Bagatelle heraufbeschworen hat, können Sie den beigegeführten Presseveröffentlichungen entnehmen. Zusätzlich lege ich noch wenige Schriftstücke vor, die keiner Kommentierung bedürfen.

Zu mir persönlich:

Ich stehe kurz vor der Vollendung des 74. Lebensjahres und bin an derzeit blander Leukämie vom Typ CLL erkrankt, die sich jederzeit unbeherrschbar aktivieren kann,vor allem als Reaktion auf die mir zum Sargnagel werdende Hexenjagd.

Sozial bin ich alleinstehend ohne einen einzigen Angehörigen und habe niemanden, der für die Dauer des vom Staat bezahlten „Kuraufenthalts“ mein Haus und Garten dauerhaft versorgen und bewachen könnte. Im Gegenteil, ich versorge meine betagten Nachbarn, die ich nicht in Stich lassen kann. Sensibilisiert bin ich durch eine Serie fortdauernder Aggressionen gegen mich wie ein brachialer Einbruchversuch, drei Kontozugriffe, meine Plakatierung als Kinderschänder und wiederholten Missbrauch meines Mail-Accounts (nicht Spams). Alles ist unaufgeklärt geblieben.

Beruflich war ich ermittlungstaktisch geübter Schadenssachbearbeiter bei einer Berufsgenossenschaft und war neben dem Umgang mit Formalien mit dienstbegleitendem Unterricht betraut und zeitweise Aushilfs-Fachlehrer an der Berufsschule. Regelmäßig war ich Prozessvertreter bis zur Zweiten Instanz und in einem von mir in den letzten Jahren privat betreuten Fall wurde ich wegen meiner Qualifikation vom Bundessozialgericht als Beistand zugelassen und konnte dank meiner vom Berichtersteller gewürdigten Vorarbeit ein bundesweit beachtetes obsiegendes Urteil erreichen.

In viele Zwänge bin ich eingebunden, führe als unbezahlter Beistand Sozialrechtsverfahren, bin nach wie vor kommunal-, sozial- und umweltpolitisch aktiv. Gegenwärtig arbeite ich mit dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales an der Korrektur von § 12 Abs. 3 Nr. 3 SGB II, der dadurch gekennzeichnet ist, dass im Gesetzestext das Gegenteil der Begründung steht. Weiterhin arbeite ehrenamtlich für den DAV Mainz als Redakteur, Layouter und Webmaster. Auch für die gegenwärtig juristisch angegriffene Mainzer Fluglärminitiative bin ich Leistungsträger, vor allem in der Analyse und Auswertung von Flugspuren. Viele meiner Funktionen sind fristgebunden. Die Vielzahl meiner selbstlosen Arbeiten lassen für eine Haft oder für das Konstrukt des Abarbeitens wenig Raum.

Wie nur soll das alles fortgeführt werden, wenn ich gewöhnlichen Straftätern Gesellschaft leisten soll und mir jegliche Kommunikation verweigert wird. Meiner Resozialisierung wird diese Demütigung nicht dienen. Ich bin und bleibe ich ein aufrechter, selbstloser, korrekter und jedermann hilfsbereiter Mensch. Über den Lerchenberg hinaus bin ich zum „Kummerkastenonkel“ geworden, weil viele Bürger meinem vielseitigen Wissen und meiner geduldrigen Hilfe mehr vertrauen als Amtsstellen.

Stets war und ist es mir als Beamter eine Verpflichtung gewesen, Recht und Gesetz zu dienen, Missständen zu begegnen, Unredlichkeiten aufzudecken, mich zu engagieren und gangbare Wege zu suchen, oft über meine Kraft. Ich bin kein Mensch, der Dienstaussichtsbeschwerden erfindet, um Polizei und Justiz zu ärgern. Seit Jahren ist es mein Ceterum censeo, die unsägliche Auseinandersetzung um Wahrnehmungsstörungen und Wahrhaftigkeitsdefizit mit dem Konstrukt eines Verständnisirrtums zu beenden. Ich frage mich, weshalb dieser gesichtswahrende Vorschlag nicht aufgegriffen wird. So kämen alle schadlos aus der Schusslinie. Stattdessen wurde ich mit zwei disziplinarischen Hausdurchsuchungen mit noch fortdauernder Beschlagnahmung meiner Technik mitsamt Belastungsmaterial sowie heimlichen Kontenausschnüffelungen drangsaliert.

Hier hilft nur noch ein pragmatischer Schlussstrich, den Sie als weisungsberechtigter Minister gegenüber der Staatsanwaltschaft anordnen können. Für Ihr Verständnis und eine friedentiftende kluge Entscheidung bedanke ich mich. Ausdrücklich weise ich darauf hin, dass auch die in Formalien verstrickte Justiz an einer Beerdigung der sich schon im achten Jahr „zum Schaden des Rechtsstaates und der Polizei“ (Zitat LtD. Polizeidirektor i.R. Manfred Neuber) dahinquälenden Prozedur gelegen ist. Es sollte zu denken geben, weshalb die Justiz versucht hat, mich für schuldunfähig zu erklären, um alles pragmatisch begraben zu können.

Mit freundlichen Grüßen

(Hartmut Rencker)

Anlagen:

Presse

Arztbericht

Haftvorladung

eingestandene Falschaussagen

Bedenkenträger

Vorwürfe meines Anwalts

Wehrhaft ist die Staatsmacht bei der Verteidigung der polizeilichen Unlügenbarkeit und der eigenen Unfehlbarkeit. **Diese Hexenjagd nahm ein neutraler Ltd. Polizeidirektor i.R. zum Anlass, der Justiz Manipulation und schweres Versagen vorzuwerfen:**

Wie sehr bei der Polizei abgestritten wird, zeigen die Vertuschungsversuche der Kölner Vorkommnisse. Der Abzocker ohne Quittung war übrigens ein Migrant orientalischer Herkunft. Es wird so lange gelogen, bis sich nichts mehr leugnen lässt. Und dann werden im Vertrauen auf den staatsanwaltschaftlichen Schutz allenfalls scheinbar Unredlichkeiten zugegeben.

"Die Beamten sprechen eine gebührenpflichtige Verwarnung von 20 € wegen eines nicht gegebenen Verkehrsverstoßes aus. Sie haben weder einen Verwarnungsblocknoch einen Datenermittlungsbeleg (bargeldlose Verwarnungsvariante) zur Hand. Wie in einem orientalischen Basar versucht man es „zum halben Preis“, für 10 €. Fragt sich bei dieser offenliegenden Sachlage nicht, wie solche Gelder bisher bei der Behörde gebucht worden sind oder wie der halbierte Betrag im speziellen Fall gebucht worden wäre. Die Verfahrensführung Ihrer Behörde hat diese Frage offen gelassen. Wie Sie als Behördenleiter wissen, kann in keiner Behörde eine Einnahme ohne Beleg gebucht werden. Könnte es nicht sein, dass diese Gelder überhaupt nicht abgeliefert werden? Es wäre nicht der erste Fall in Deutschland. Die Verfahrensführung Ihrer Behörde hat diese Frage offengelassen.

Gesetzt den Fall, Renckers Vorwurf der „kriminellen Abzocke“ wäre zutreffend, glauben Sie ernsthaft, dass der Polizeibeamte sich selbst eines Dienstvergehens oder einer Straftat bezichtigen? Immerhin hat einer von ihnen unter dem „Druck“ von bis dahin ihm nicht bekannten Augenzeugen seine Aussagen korrigieren müssen.

Bei den Beamten und der Beamtin handelt es sich um Angehörige der Bereitschaftspolizei Rheinland Pfalz. Aber wo Menschen sind, das ist in jeder Berufssparte so, gibt es auch sogenannte „Schwarze Schafe“. Bei Bereitschaftspolizisten ist im Hinblick auf Beschwerden eine besondere Sensibilität angebracht. Denn dort sind in aller Regel die Jüngsten, die über diese Sparte den Weg in den polizeilichen Einzeldienst oder den Kriminaldienst finden sollen. Hier ist es besonders wichtig, dass ihre Vorgesetzten mit großem Fingerspitzengefühl das Einsatzverhalten ihrer jungen Beamten begleiten. Insbesondere bei festgestellten oder vermeintlichen Inkorrektheiten. Die jungen Menschen dürfen Fehlverhalten nicht als Normalität mit in den weiteren Berufsweg nehmen. Die Behandlung der Dienstaufsichtsbeschwerde durch die betroffenen Stellen lässt viele Fragen offen. Das hätte auch die Staatsanwaltschaft im den Strafverfahren gegen Rencker bemerken und interessieren müssen.

Die von mir erneut geschilderten und von Rencker wiederholt vorgebrachten Fakten hätten es verdient gehabt, durch professionelle Ermittlungen/Überprüfungen möglicherweise aufgeklärt werden zu können, ggf. auch im Sinne der Polizeibeamten. Mit einem Auftrag der Staatsanwaltschaft an das Landeskriminalamt wäre das beispielsweise getan gewesen. Diese Möglichkeit ist vertan. Meine Besorgnis bleibt allerdings bestehen.

*War das alles wirklich sauber? Hat Rencker mit der „kriminellen Abzocke“ recht? **Die Behandlung der Angelegenheit hat zwar zur dreimaligen Verurteilung von Hartmut Rencker geführt, aber allgemein Unsicherheit und Zweifel hinterlassen. Leider zum Schaden der Rheinland-Pfälzischen Justiz aber auch der Rheinland-Pfälzischen Polizei.***

Justizminister Mertin:

„Ich will nach bestem Wissen und Gewissen Vertrauen zurückgewinnen. Die Justiz muss für den Bürger ein Anker des Vertrauens sein.“

Ein Polizeipräsident, der die Intrigen und Sauereien nur zu gut kennt, macht sich Sorgen um meine Unterstützer.

Zitat: Die Justiz ist schon seit langem kein Anker des Vertrauens mehr! Auch fehlt mir das Vertrauen in diesen Staat überhaupt!

Die Meinung eines bundesweit hoch angesehenen Vorsitzenden Richters:

"Unfassbar, was hier gelaufen ist und noch läuft".

"Für solche Fälle ist allemal das BVerfG die beste Erziehungsinstanz;..... heben die Verurteilung wegen offensichtlicher Verfahrensfehler auf".

"Denn vieles.....sieht oft nicht nur wie Willkür und Selbstherrlichkeit aus, sondern ist es".

Ein Mainzer Richter:

*„Nimm's nicht so schwer und betrachte es als einen **Justiz-Unfall**“*

Ein weiterer Richter und Idiomliterat:

*"Nehmen Sie alles als **kuriose** Bereicherung Ihres Erlebens, nicht gerade erfreulicher Art, aber mit zeitlichem Abstand **belächelnswert**"*

Ein reputierter Idiomforscher und Idiomliterat:

"Dass ein Ur-Mainzer wie Herr R., dazu noch im Affekt, die Worte „Karnevals- und Faschingspolizisten“ gebraucht, ist absolut unwahrscheinlich, fasst schon unmöglich“

Ein bundesweit bekannter Meenzer Fassenachter, Kabarettist und Idiomliterat:

"Die Schildbürgerposse ist ein absurder Narrenstreich"

Ein Mainzer Geschäftsmann, der auch Fastnachtsartikel vertreibt:

"Karneval, gleichwohl das Wort frankophil angehaucht ist, gehörte nie zum täglichen Sprachgebrauch des Mainzers, so wie er sich die Zunge verknottet, wenn er einmal das Wort „Fasching“ zu Munde brächte.“

Stellvertretender Chefredakteur Königsberger zur britischen Datenvernichtungsaffäre in AZ Mainz am 21.8.2013

"Niemand kann derjenige der Schurke sein, der Unrecht öffentlich macht, sondern der, der es begeht".

General von Clausewitz:

"Nichts ist schwieriger als der Rückzug von einer unhaltbaren Position“

Demokrat Fritz Erler:

"Recht hat der Gerechtigkeit zu dienen“

Dr. Heiner Geißler schon vor Jahren zu meiner politischen Unbequemlichkeit:

"Sie leben gefährlich“ Wie wahr.

Und so klug sieht das ein gewöhnlicher Bürger:

*"Dass sich ein Staat mit so einem Kleinkram beschäftigen kann, zeigt **Dekadenz**. Bei großen, wirklich wichtigen, ja bedrohlichen Problemen tut sich nichts. Kopf in den Sand, die Nachfolger werden es (hoffentlich) richten."*